

Milliarden für die Tierindustrie: Studie und Aktion

Presseeinladung

Am Freitag, dem 5.3., um 10 Uhr findet eine Kundgebung mit Performance-Aktion vom Bündnis „Gemeinsam gegen die Tierindustrie“ am Bundesagrarministerium in Berlin statt. Anlass ist eine Studie, die das Bündnis Ende der Woche veröffentlichen wird, mit dem Titel „Milliarden für die Tierindustrie: Wie der Staat öffentliche Gelder in eine zerstörerische Branche leitet“.

Das Bündnis kritisiert die Empfehlungen der Borchert-Kommission zum Umbau der Tierhaltung und fordert, den Ausstieg aus der Tierindustrie sofort anzugehen, anstatt die Branche weiter zu subventionieren.

Subventionen für Tierfabriken und Futteranbau, Sozial- und Beratungsleistungen für Tierhalter*innen oder reduzierte Mehrwertsteuer auf Fleisch, Milch und Eier: Der Staat unterstützt die Tierwirtschaft und den Absatz tierbasierter Produkte auf vielfältige Weise. Die neue Studie vom Bündnis „Gemeinsam gegen die Tierindustrie“ fasst zum ersten Mal zahlreiche Fördermaßnahmen zusammen. Dabei lässt die intransparente Datenlage nur bei einem Teil der Posten eine Quantifizierung zu.

„Längst ist klar, dass die Erzeugung von Fleisch, Milch und Eiern maßgeblich die Klimakrise verschärft. Das massive Leid, das Millionen von Tieren in Mastanlagen und Schlachthöfen erfahren, sorgt regelmäßig für breite Empörung in der Bevölkerung. Die Förderung der Tierwirtschaft durch gigantische Summen aus öffentlichen Mitteln ist daher ein politischer Skandal“, sagt Dr. Friederike Schmitz, eine der Autor*innen der Studie.

Nach den jüngsten Empfehlungen der Borchert-Kommission, denen der Bundestag grundsätzlich zugestimmt hat, soll der Staat nun zusätzliche 1,2 bis 3,6 Milliarden Euro jährlich in die Tierwirtschaft leiten, unter anderem für den Umbau von Ställen. Laut den ersten Ergebnissen einer Machbarkeitsstudie sollen die Kosten sogar noch höher werden. Ein Abbau der Tierbestände ist dabei nicht vorgesehen. Am Freitag wird sich auch der Bundesrat mit der Umsetzung der Empfehlungen befassen.

„Die Empfehlungen der Borchert-Kommission sind kontraproduktiv. Mit den zusätzlichen Milliarden werden die unerträglichen Zustände noch einmal auf Jahrzehnte zementiert. Solange wir weiterhin so viele Rinder, Schweine, Hühner und Puten nutzen und töten, können wir die Treibhausgase aus der Landwirtschaft nicht wirksam reduzieren. Den Tieren geht es auch in umgebauten Ställen nur minimal besser.“

Das Bündnis „Gemeinsam gegen die Tierindustrie“ fordert, dass öffentliche Gelder, die derzeit in die Tierindustrie fließen, für die Finanzierung einer ökologischen und solidarischen Agrarwende eingesetzt werden. Schmitz dazu: „Es braucht jetzt klare Ziele für eine drastische Reduktion der Tierbestände mit konkreten Meilensteinen für ihre Umsetzung. Für die Beschäftigten in der Tierhaltung und den Schlachthöfen müssen gute Alternativen geschaffen werden.“

Pressekontakt:

Email: presse@gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.de

Über das Bündnis Gemeinsam gegen die Tierindustrie:

Gemeinsam gegen die Tierindustrie ist ein überregionales Bündnis, das sich im Juli 2019 gegründet hat. Es besteht unter anderem aus Menschen und Gruppen aus der Klimagerechtigkeits- sowie der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung. Das Bündnis fordert die Abschaffung der Tierindustrie und eine Agrarwende hin zu einer solidarischen und ökologischen Produktions- und Organisationsweise, die nicht auf Kosten anderer erfolgt und nicht am Gewinn orientiert ist. Für Juli 2021 ist eine Massenaktion zivilen Ungehorsams und ein Aktionscamp gegen die PHW-Gruppe (Wiesenhof) in Niedersachsen geplant.

Links:

<https://gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org/>

<https://todon.nl/@GemeinsamGegenDieTierindustrie>

<https://twitter.com/GGTierindustrie>

<https://facebook.com/GemeinsamGegenDieTierindustrie/>